

Low-Carbon China – Was ist dran am Fünfjahresplan?

Clara Himmelbauer, Ines Kusmenko, Lukas Diex

Der Klimawandel ist das buchstäblich brennende Problem unserer Zeit. Das stellte nicht zuletzt der am 28.2.2022 veröffentlichte IPCC-Report klar. Dieser stellt für Europa vier große Risiken fest: Hitze, Ernteausfälle, Wasserknappheit und Überflutungen (Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) 2022). Aus verteilungspolitischer Perspektive wird schnell klar, dass diejenigen die die Auswirkungen des Klimawandels am stärksten zu spüren bekommen werden, nicht diejenigen sind, die heute die meisten Emissionen ausstoßen. Die obersten zehn Prozent der Einkommensverteilung sind für ca. 50% des Emissionsausstoßes verantwortlich (Ritchie 2018). Die Konsumgesellschaft des globalen Nordens lässt es sich gut gehen, auf Kosten des globalen Südens.

Als europäische Antwort auf die Klimakrise wurde der European Green Deal („von der Leyen-Plan“) entwickelt. Damit will sich die EU bis 2050 in eine faire und prosperierende Gesellschaft verwandeln und gleichzeitig Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch entkoppeln (European Commission 2019). Bei genauerer Betrachtung des Plans wird jedoch schnell klar, dass hiermit weder der Produktionsprozess noch die Konsumgesellschaft substantiell verändert werden. Stattdessen sollen Klassifizierungen geändert werden, um beispielsweise Gas kurzerhand als grüne Energie einzustufen. Mit Hilfe von „Green Finance“ sollen zusätzlich Profite und Umweltschutz in der Finanzsphäre in Einklang gebracht werden. Primär geht es im European Green Deal also darum weitere Profite abzuschöpfen und dem Kapitalismus seinen Lauf zu lassen, aber mit dem Hintergedanken dabei möglichst wenig Emissionen auszustoßen. Geographisch auf der anderen Seite der Welt liegend ist China global der größte CO₂-Emittent (Harrison und Sundstrom 2010). Zurückzuführen ist das unter anderem darauf, dass der globale Norden seit Jahrzehnten die eigene Produktion aus Kostengründen ins Ausland verlagert und dadurch auch die Verantwortung für die eigenen Emissionen an Andere überwälzt. Inzwischen spürt man allerdings auch in China erste Auswirkungen der Folgen der Klimakrise. Die politische Führung hat das Problem erkannt und setzt sich ebenfalls Ziele zur Erreichung der Klimaneutralität. Im Gegensatz zur EU handelt es sich hierbei jedoch nicht um eine bloße Rahmenstrategie. Vielmehr plant Xi Jinping eine gesamtgesellschaftliche Transformation, weswegen wir uns im Zuge dieser Arbeit auf China als die aufstrebende Wirtschaftsmacht im Osten fokussieren wollen.

Aus westlicher bzw. europäischer Sicht, gilt es jedoch einige Aspekte chinesischer (Wirtschafts-) Politik zu beachten, wenn Vergleiche gezogen werden sollen. Im Kontext der Bekämpfung des Klimawandels befindet sich China in einer politischen Landschaft, die als „Authoritarian Environmentalism“ (autoritärer Klimaschutz) bezeichnet wird (Li u. a. 2019). Daraus ergeben sich weitreichende gesellschaftliche Implikationen, die ihren Ursprung in der Geschichte der chinesischen Entwicklung

haben. Ob Maos großer Sprung vorwärts, die Reform- und Öffnungspolitik Deng Xiaopings oder aktuell Xi Jinpings Low-Carbon China, ihnen allen ist eine gewisse Form der (Wirtschafts-) Politik gemein. Es ging und geht auch heute nicht um einzelne Änderungen spezifischer Aspekte des gesellschaftlichen Zusammenlebens oder des Produktionsprozesses. Vielmehr geht es der Chinesischen Politik um eine nachhaltige Veränderung der Gesellschaft in all ihren Facetten. Wie schon zu Maos Zeiten steht auch in Zeiten des Klimawandels die gesellschaftliche Transformation im Mittelpunkt der ökonomischen Planung. Der jeweils aktuelle Fünfjahresplan bildet dabei die Grundlage für die zwei wichtigsten Mechanismen der chinesischen Klima-Governance: „Law and Plan“ (Li u. a. 2019). Im Gegensatz zum „Westen“ setzt China hier jedoch sehr stark auf die Planungskomponente, anstatt auf die gesetzliche Ebene. Das ist jedoch nicht der einzige Unterschied zwischen der EU und China. So wird Sicherheitspolitik in China anders betrachtet als in der EU. Während westliche Kommentator*innen den Klimawandel als Bedrohung der Sicherheit und Stabilität des gesellschaftlichen Konsenses sehen, erreicht diese Diskussion in China nicht annähernd dieselbe Relevanz. Anschaulich wird das unter anderem dadurch, dass China sich gegen eine Resolution bezüglich des Klimawandels im UN-Sicherheitsrat gestellt hat, mit der Begründung, dass dadurch eine Verschränkung von Klima- und Sicherheitspolitik erfolgt, die Staaten nicht hilft ihre Emissionen tatsächlich zu verringern (Moore 2011). Sicherheitspolitik in China bedeutet vielmehr das Garantieren der Nahrungsmittel- und Energiesicherheit, während sich Europa um den Schutz der Außengrenzen sorgt, in der Angst vor gesellschaftlichem Aufruhr auf Grund von Klimawandel getriebener Migration.

Aber wird China durch den Ansatz gesamtgesellschaftlicher Transformation somit zum Vorzeigebispiel? Dieser Frage wollen wir nachgehen. Im Zuge dieser Arbeit untersuchen wir die aus den letzten Fünfjahresplänen hervorgehenden ökonomischen Implikationen und stellen sie den chinesischen Kerninteressen (Nahrungsmittel- und Energiesicherheit) im Kontext des Klimawandels gegenüber. Mit Hilfe der China's Overseas Development Finance Database des Global Development Policy Centres der Boston University können wir nicht nur die innerstaatlichen Pläne Chinas, sondern zusätzlich ihre Auslandsinvestitionen verfolgen und somit unsere Analyse in den Kontext eines chinesischen Imperialismus einbetten, der (aus Klimaperspektive) versucht seinerseits Emissionen ins Ausland auszulagern. Die Datenbank umfasst über 850 einzelne Foreign-Direct-Investments (FDIs), aufgeschlüsselt nach Industrie, Investitionsvolumen, Abwicklungsbank und Boden (Indigenes Land, kritische Lebensräume, Nationalpark, Unbekannt) (Ray, Rebecca 2021). Daraus lassen sich Fragen zum Thema Macht und Wirtschaftsordnung in Zeiten der Klimakrise ableiten. Chinas Bestrebungen den politischen Einflussraum zu vergrößern, werden durch die ambitionierte Klimapolitik nicht geschmälert. Tatsächlich bekommt China die Chance als Vorbildfigur den großen Schritt in die notwendige Richtung einer Transformation zu wagen. Die große Frage ist: Nimmt China diese Chance tatsächlich wahr? Und was können wir daraus lernen?

Literatur:

- European Commission. 2019. *The European Green Deal*. Brüssel: European Commission. COMMUNICATION FROM THE COMMISSION TO THE EUROPEAN PARLIAMENT, THE EUROPEAN COUNCIL, THE COUNCIL, THE EUROPEAN ECONOMIC AND SOCIAL COMMITTEE AND THE COMMITTEE OF THE REGIONS. https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/european-green-deal-communication_en.pdf (11. Februar 2020).
- Harrison, Kathryn, und Lisa McIntosh Sundstrom, hrsg. 2010. „Chinese Climate Policy : Domestic Priorities, Foreign Policy, and Emerging Implementation“. In *Global commons, domestic decisions: the comparative politics of climate change*, American and comparative environmental policy, Cambridge, Mass: MIT Press, 229–59.
- Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC). 2022. *Sixth Assessment Report*. Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC). Fact Sheet. https://www.ipcc.ch/report/ar6/wg2/downloads/outreach/IPCC_AR6_WGII_FactSheet_Europe.pdf (22. April 2022).
- Li, Xiaoliang, Xiaojin Yang, Qi Wei, und Bing Zhang. 2019. „Authoritarian Environmentalism and Environmental Policy Implementation in China“. *Resources, Conservation and Recycling* 145: 86–93.
- Moore, Scott. 2011. „Strategic Imperative? Reading China’s Climate Policy in Terms of Core Interests“. *Global Change, Peace & Security* 23(2): 147–57.
- Ray, Rebecca. 2021. „Code and data files“. <https://osf.io/gfwhj/> (29. April 2022).
- Ritchie, Hannah. 2018. „Global inequalities in CO₂ emissions“. *Our World in Data*. <https://ourworldindata.org/co2-by-income-region> (24. April 2022).